



INFO

132

Das Informationsmagazin der Europäischen Investitionsbank-Gruppe • 3 – 2008 • ISSN 0250-3883

ECOFIN fordert die EIB zur Mobilisierung von 15 Mrd EUR für KMU auf



Die Wirtschafts- und Finanzminister der EU haben sich auf einem informellen ECOFIN-Treffen am 12. und 13. September in Nizza darauf geeinigt, die Rolle der EIB bei der Unterstützung kleiner Unternehmen zu verstärken. Die Unterstützung von KMU gehört zu den

Hauptprioritäten der EIB-Gruppe und umfasst die Darlehensvergabe über den Bankensektor der EU (EIB-Darlehen für KMU) sowie die KMU-Unterstützung des EIF, der Eigenmittel bereitstellt (Risikokapitalfinanzierungen) und den Unternehmen durch Kreditverbesserung und Garantieopera-

tionen den Zugang zu Finanzierungsmit-teln erleichtert.

Die EU-Minister forderten die EIB auf, Banken in den Jahren 2008 und 2009 Darlehen für KMU in Höhe von insgesamt 15 Mrd EUR zu gewähren (von dem 2007 vergebenen Gesamtbetrag der EIB-Darlehen in Höhe von fast 48 Mrd EUR entfielen 5,2 Mrd EUR auf Globaldarlehen für KMU-Projekte).

Auf Vorschlag des italienischen Wirtschafts- und Finanzministers Giulio Tremonti forderte der Rat die Bank darüber hinaus auf, eine Arbeitsgruppe einzurichten, die untersuchen soll, wie die europäischen Investitionen in Infrastrukturvorhaben, vor allem im Energiesektor, besser koordiniert werden können.



TÄTIGKEIT DER EIB-GRUPPE

ECOFIN fordert die EIB zur Mobilisierung von 15 Mrd EUR für KMU auf	1
JASPERS baut seine Aktivitäten erfolgreich aus	4
JEREMIE – drei Vereinbarungen unterzeichnet, weitere in Vorbereitung	6
JESSICA-Initiative startet durch	8
EIB organisiert Konferenz zur Regionalpolitik im slowakischen Bratislava	10
Start des Europäischen PPP-Kompetenzzentrums (EPEC)	11
Rahmenprogramm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation: Rückblick nach 10 Monaten	16
EIB überarbeitet ihre Finanzierungspolitik im Wassersektor	19
Verleihung des EIB-ERSA-Preises 2008	20
Bürgerbeauftragter und EIB unterzeichnen Absichtserklärung	20

IN DER EU

EIB-Gruppe leitet Initiative für Mikrokredite ein	2
Portugiesisches PPP-Projekt erster Nutznießer des LGTT	12
EIB finanziert die „Meeresautobahnen“ der Grimaldi-Gruppe	14

AUSSERHALB DER EU

FEMIP-Seminar über Humankapital	21
Humanitäre Hilfe für Flüchtlinge in Kenia	22
Modernes Energiemanagementsystem in Kenia	22
EIB-Schulung in Projektprüfung und -überwachung für Mitarbeiter der nigerianischen Intercontinental Bank	23

INTERNE ANGELEGENHEITEN

Ernennungen im Senior Management der EIB	23
Meinungsumfrage zur EIB-Info: Ihre Meinung interessiert uns!	10
Neue Veröffentlichungen der EIB	24

EIB-Informationen ist eine periodisch erscheinende Veröffentlichung der Hauptabteilung Kommunikation der Europäischen Investitionsbank.

Verantwortlicher Herausgeber:
Daniela Sacchi-Cremmer

Layout: EIB-Grafikatelier, Sabine Tissot

Fotos: Bildarchiv EIB

Der Nachdruck der in den EIB-Informationen erscheinenden Artikel ist gestattet.

Um einen Quellennachweis und um Übermittlung eines Belegexemplars wird gebeten.

EIB-Gruppe leitet Initiative für Mikrokredite ein

Der Europäische Investitionsfonds wird eine Pilotfazilität mit einem Volumen von 50 Mio EUR und einer Laufzeit von drei Jahren verwalten, mit der Mikrofinanzierungen in der Europäischen Union mit Mitteln der EIB und Geldern aus dem EU-Haushalt gefördert werden sollen. Die ersten Aktivitäten im Rahmen der Initiative JASMINE (Joint Action to Support Micro-Finance Institutions in Europe – Gemeinsame Aktion zur Förderung von Kleinstkreditinstituten in Europa) sind für Anfang 2009 geplant.

Nick Antonovics
Abteilung Kommunikation



EIB-Präsident Philippe Maystadt auf der Eurofi (Fachtagung des Finanzsektors) am 11. und 12. September in Nizza

Die Europäische Investitionsbank-Gruppe hat ein dreijähriges Pilotprogramm eingeleitet, das sowohl Banken als auch Finanzinstitute außerhalb des Bankensektors dazu veranlassen soll, Kredite an sehr kleine Unternehmen und an Personen zu vergeben, die sich selbstständig machen wollen, aber keinen Zugang zu traditionellen Bankfinanzierungen haben, da sie aufgrund von Arbeitslosigkeit oder eines Migrationshintergrunds keine aussagekräftige Kreditgeschichte vorweisen können. Ziel ist es, aussichtsreichen Mikrofinanzinstituten (MFI) sowohl finanzielle Mittel als auch technische Hilfe zur Verfügung zu stellen.

EIB-Präsident Philippe Maystadt stellte diese Mikrokreditinitiative auf der Eurofi vor, der Fachtagung des Finanzsektors, die am 11. und 12. September 2008 in Nizza (Frankreich) unter der Schirmherrschaft der französischen Präsidentschaft der Europäischen Union und parallel zur jährlichen Konferenz des European Micro-Finance Network stattfand.

„Der finanzielle Anspruch der Initiative ist bescheiden, da ab Ende dieses Jahres Mittel in Höhe von 50 Mio EUR über einen Zeitraum von drei Jahren mobilisiert werden sollen. Ihre Wirkung auf sozialer und wirtschaftlicher Ebene könnte jedoch ganz erheblich sein“, sagte Präsident Maystadt den Konferenzteilnehmern.

„Die Initiative könnte dazu beitragen, Mikrofinanzierungen von einer marginalen und weitgehend subventionierten Tätigkeit zu einem sicheren und nachhaltigen Geschäft zu machen und sie damit näher an den Bankensektor heranzubringen, so dass Kleinstunternehmen im Laufe der Zeit besseren Zugang zu Bankkrediten erhalten“, erläuterte er weiter.

Im Rahmen der Initiative wird die EIB bis zu einer Obergrenze von 20 Mio EUR den gleichen Betrag beisteuern, der von privaten Banken für Mikrofinanzierungen zur Verfügung gestellt wird, so dass insgesamt 40 Mio EUR für den Sektor bereitgestellt werden. Darüber hinaus wird die Europäische Kommission mit Unterstützung durch das Europäische Parlament dem Europäischen Investitionsfonds rund 10 Mio EUR für technische Hilfe im Rahmen der Verwaltung der Initiative zur Verfügung stellen.

Die gemeinsame Aktion zur Förderung von Kleinstkreditinstituten in Europa wird parallel zu den Programmen JEREMIE, JESSICA und JASPERS durchgeführt, die die EIB-Gruppe mit Unterstützung durch EU-Haushaltsmittel bereits eingerichtet hat.

„Mikrofinanzierung birgt Chancen für die Schaffung von Wachstum und Arbeitsplätzen in Europa, die wir nicht ungenutzt lassen sollten“, sagte Danuta Hübner, Kommissarin für Regionalpolitik, auf der Konferenz des European Micro-Finance Network (EMFN).

„Es besteht zurzeit eine erhebliche Diskrepanz zwischen der in Europa verfügbaren und völlig unzureichenden Mikrofinanzierung und der Anzahl von Personen, die ihr eigenes Unternehmen gründen oder entwickeln wollen“, fuhr sie fort.

Der EIF geht davon aus, dass die ersten Verträge Anfang 2009 unterzeichnet werden, und hofft, dass mit den Mitteln von EIB und Geschäftsbanken letztendlich etwa 15 Mikrofinanzinstitute unterstützt werden können. Die verwendeten Modelle werden den Entwicklungsstand des betreffenden Marktes für Mikrofinanzierungen widerspiegeln, der in Osteuropa in der Regel weiter entwickelt ist als in Westeuropa.

„Eine der Herausforderungen besteht darin, eine ausgewogene Verteilung der Maßnah-

men auf die alten und die neuen Mitgliedstaaten zu erreichen. Es wäre erheblich einfacher, Kunden in den neuen Mitgliedstaaten zu finden, wo sich einige bereits bestehende MFI zu Banken wandeln oder den Charakter von Private-Equity-Fonds annehmen. Im Westen findet man eher Strukturen nach dem Muster von Nichtregierungsorganisationen“, sagte der CEO des EIF Richard Pelly.

Maria Nowak, Präsidentin des EMFN, begrüßte die Beteiligung der EIB-Gruppe.

„In Europa sind Mikrokredite das Instrument zur Unterstützung der postindustriellen Wirtschaft, die von Selbstständigkeit und kleineren Produktionseinheiten gekennzeichnet ist, die sich im Zuge der Entwicklung neuer Technologien und Dienstleistungen und der Reform des Wohlfahrtsstaates im Entstehen befinden“, sagte sie. „Ich freue mich darüber, dass die EIB diese neue Fazilität einführt, und hoffe, dass die europäischen Banken sich dieser Herausforderung stellen werden, so wie die französischen Banken es vor fünf Jahren getan haben.“ ■

- Als Kleinstunternehmen gelten Unternehmen mit weniger als 10 Mitarbeitern.
- Ein typischer Mikrokredit liegt betragsmäßig zwischen 7 000 und 8 000 EUR, wenngleich dies in den EU-Mitgliedstaaten unterschiedlich ist.
- Nach Einschätzung der Europäischen Kommission besteht in der EU-27 ein kurzfristiges Potenzial für 700 000 Mikrokredite über insgesamt 6,2 Mrd EUR.
- Die drei größten Mikrofinanzinstitute (MFI) in Europa sind zurzeit Adie (Frankreich), Finnvera (Finnland) und Fundusz Mikro (Polen).
- Der EIF hofft, dass die Initiative EU-weit zur Schaffung und Entwicklung von etwa 15 MFI führen wird, die Mikrokredite vergeben.



Der 56-jährige Arbeitslose Emil Niculescu eröffnete 2003 mit einem staatlichen Zuschuss von 6 000 EUR und einem Darlehen der französischen Mikrofinanzorganisation Adie in Höhe von 8 000 EUR seine erste Snack-Bar in Nizza. Im Februar eröffnete er sein erstes Restaurant, Le Pellegrini, in dem er pro Tag rund 100 Essen serviert und Arbeit für seine ganze Familie geschaffen hat. Emil Niculescu wurde in Rumänien geboren und lebt seit 18 Jahren in Frankreich.

JASPERS

baut seine Aktivitäten erfolgreich aus

Im letzten Jahr baute JASPERS seine Organisation, seine Infrastruktur und sein Personal erheblich aus. Dadurch konnte die Vorbereitung von Vorhaben, für die bei der Europäischen Kommission EU-Zuschüsse beantragt werden sollen, deutlich beschleunigt werden.



Bei der Initiative JASPERS (Joint Assistance to Support Projects in European Regions - Gemeinsame Hilfe bei der Unterstützung von Projekten in europäischen Regionen) handelt es sich um ein Instrument, das die Umsetzung der vorrangigen regionalpolitischen Ziele der EU in den zwölf zwischen 2004 und 2007 beigetretenen EU-Mitgliedstaaten erleichtert. Primäres Ziel von JASPERS ist es, Empfängerländer bei der Vorbereitung solider Infrastrukturvorhaben zu unterstützen, und zwar insbesondere von Vorhaben, die die Modernisierung von Verkehrsnetzen, die Verbesserung der Umwelt, die Steigerung der Energieeffizienz sowie die Verwendung erneuerbarer Energien betreffen. Außerdem werden Vorhaben zur Verbesserung städtischer Verkehrsnetze sowie bestimmte Projekte in anderen, für einen Finanzierungsbeitrag der EU in Frage kommenden Bereichen wie Gesundheit, FuE sowie Stadterneuerung unterstützt.

Seit seiner Einführung im Oktober 2005 hat JASPERS seine Infrastruktur voll ent-

wickelt. Dazu zählen der Hauptsitz in Luxemburg und drei Regionalbüros in Warschau (größere Nähe zu den JASPERS-Kunden in Polen und den baltischen Staaten), Wien (Unterstützung bei der Vorbereitung von Vorhaben in der Tschechischen Republik, in Ungarn, in der Slowakei und in Slowenien) und Bukarest (Projekte in Bulgarien und Rumänien). Die JASPERS-Aktivitäten in den Mittelmeerländern Zypern und Malta werden direkt am Hauptsitz in Luxemburg abgewickelt.

In den vergangenen Monaten schloss JASPERS seinen Einstellungsprozess ab. Die Anzahl der Fachkräfte in Luxemburg und den drei Regionalbüros stieg dabei auf 56. Zudem wurde eine neue Struktur eingeführt, die den operativen Anforderungen von JASPERS wirksamer Rechnung trägt.

Im Juli 2008 kam zu den drei bestehenden Partnern von JASPERS – der Europäischen Kommission, der Europäischen Investitionsbank und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung – die Kre-

ditanstalt für Wiederaufbau (KfW) als vierter Partner hinzu. Diese Partnerschaft wird es JASPERS ermöglichen, von der Erfahrung und dem Fachwissen der KfW auf dem Gebiet der Finanzierung von Projekten sowie deren langjähriger erfolgreicher Zusammenarbeit und Kofinanzierungstätigkeit mit der EIB und der EBWE in mehreren Ländern zu profitieren. Das bestehende JASPERS-Personal in den Regionalbüros wurde durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der KfW ergänzt.

Anfang des Jahres gab JASPERS seine Ergebnisindikatoren auf Testbasis bekannt. In die Datenbank werden Kennzahlen zur Effizienz der JASPERS-Initiative und statistische Angaben zu ihrer Tätigkeit aufgenommen. Zudem wurde ein Pilotprogramm gestartet, um anhand eines Fragebogens das Feedback der Empfängerländer einzuholen. Bisher sind fünf Antworten aus den unterschiedlichsten Ländern (Bulgarien, Slowenien, Lettland, Litauen und Malta) und Sektoren (Abfall, Stadtverkehr, Straßen) eingegangen. Alle enthielten ein positi-



ves Feedback zum Erfolg der Initiative JASPERS. Weitere Informationen werden in der nächsten Sitzung des Lenkungsausschusses im September bekannt gegeben.

JASPERS konnte seine Ergebnisse kontinuierlich verbessern. Die Initiative unterstützte Empfängerländer bei der erfolgreichen Beantragung von EU-Fördermitteln für große Infrastrukturprojekte. Seit dem Start des JASPERS-Programms wurden etwa 60 Aktionen mit einem Investitionsvolumen von insgesamt rund 5 Mrd EUR abgeschlossen. Dabei zeigt der Trend nach oben. 2008 wurden bisher 35 Abschlüsse erzielt, in den Jahren 2006 und 2007 waren es 25.

Ende Juli 2008 leistete JASPERS für rund 280 Projekte aktive Unterstützung. Werden diese von der Europäischen Kommission genehmigt, fließen Finanzierungsmittel von rund 50 Mrd EUR. Gleichzeitig weist das JASPERS-Portfolio nach wie vor eine recht ausgewogene Verteilung auf die fünf Sektoren Straßen, Schienenverkehr/Häfen/Flughäfen, Stadtentwicklung (u.a. städtischer Nahver-

kehr und Energieeffizienz), Wasser/Abwasser sowie Feststoffabfall/Energie auf. Darüber hinaus übernimmt JASPERS horizontale Aufgaben wie die Bereitstellung von Know-how für öffentlich-private Partnerschaften (PPP), die Finanzanalyse von Projekten und die Unterstützung im Zusammenhang mit staatlichen Beihilfen.

Eine Reihe von Ländern hat nun beantragt, dass JASPERS ihnen systematisch bei allen wichtigen Projektanträgen (insbesondere in Bulgarien, der Tschechischen Republik, Ungarn und der Slowakei) hilft, um eine hohe Qualität der Antragsunterlagen sicherzustellen und damit die Chancen auf eine Genehmigung durch die Europäische Kommission zu erhöhen. Diese Vorgehensweise könnte auch auf andere Länder ausgeweitet werden und positive Nutzeneffekte sowohl für die GD REGIO als auch die nationalen Behörden mit sich bringen. ■

Dušan Ondrejčka
Hauptabteilung Kommunikation

JEREMIE

drei Vereinbarungen unterzeichnet, weitere in Vorbereitung

Die Initiative „Gemeinsame europäische Ressourcen für kleinste bis mittlere Unternehmen“ (Joint European Resources for Micro-to-Medium Enterprises – JEREMIE) wurde von der Europäischen Kommission und dem Europäischen Investitionsfonds (EIF) im Rahmen der Aufteilung der EU-Strukturfondsmittel auf die EU-Mitgliedstaaten und -Regionen im Zeitraum 2007-2013 entwickelt.

Die 2005 gestartete Initiative bietet EU-Mitgliedstaaten über deren nationale oder regionale Verwaltungsbehörden die Möglichkeit, einen Teil ihrer EU-Strukturfondsmittel für die Finanzierung kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) zu verwenden. Die Finanzierung erfolgt in Form von Eigenkapital, Darlehen oder Garantien über einen revolvierenden, als Dachfonds agierenden Holdingfonds

Gemäß den für die EU-Strukturfonds geltenden Bestimmungen kann der Holdingfonds entweder vom EIF oder von anderen Finanzinstituten verwaltet werden.

Die Verwaltungsbehörden können entweder direkt den EIF oder ein nationales Institut, das nach nationalem Recht von der Pflicht zur Durchführung eines öffentlichen Auftragsvergabeverfahrens befreit ist, im Rahmen einer Zuschussvereinbarung mit der Verwaltung beauftragen oder den Auftrag für die Verwaltung indirekt über die Ausschreibung eines Dienstleistungsvertrags an ein Finanzinstitut vergeben.

Dies versetzt die Verwaltungsbehörden in die Lage, einige Aufgaben, die bei der Umsetzung von JEREMIE erforderlich sind, an kompetente Experten zu delegieren, darunter die Festlegung spezifischer Kriterien für die Finanzierungen, die Prüfung und Empfehlung von Vorhaben, die Aushandlung vertraglicher Vereinbarungen, die Überwachung der Ergebnisse des Holdingfonds und die diesbezügliche Berichterstattung.

Der Holdingfonds kann entweder als ein vom Manager des Holdingfonds im Auftrag und im Namen der Verwaltungsbehörde

verwalteter „gesonderter Finanzierungsblock“ bzw. ein entsprechend verwaltetes Bankkonto oder als eigenständige rechtliche Einheit (Zweckgesellschaft) errichtet werden. Die Wahl der Rechtsform hängt von der Komplexität des Holdingfonds sowie von den entsprechenden nationalen gesetzlichen Bestimmungen ab.

In seiner Funktion als Dachfonds arbeitet der Holdingfonds mit einem breiten Spektrum von lokalen Finanzierungsinstituten für KMU zusammen, wie auf KMU spezialisierten Finanzintermediären, Risikokapital-, Kredit- oder Garantiefonds, Technologietransfereinrichtungen, Mikrofinanzierungsinstituten und Banken. Die diesen Finanzierungsinstituten vom Holdingfonds bereitgestellten Mittel werden zur Finanzierung der Gründung und Entwicklung von KMU verwendet.

Als Dachfonds unterstützt JEREMIE die KMU nicht direkt, sondern über zwischengeschaltete Finanzinstitute.

Anfang 2006 legten die Europäische Kommission (Generaldirektion Regionalpolitik) und der EIF gemeinsam den Grundstein für diese neue Initiative. Der EIF stellte ein JEREMIE-Team zusammen, das drei Ziele verfolgen sollte:

- Bewertung der Angebots-/Nachfragesituation im Hinblick auf finanztechnische Maßnahmen und Ermittlung von Marktversagen bei der Finanzierung von KMU in EU-Regionen und Mitgliedstaaten anhand von JEREMIE-Evaluierungsstudien (sogenannten „Lückenanalysen“);
- Unterstützung der Verwaltungsbehörden in der Planungsphase der Kohäsionspolitik (z.B. Auswahl der Mittel für JEREMIE aus den operationellen Programmen);
- Beratung der Verwaltungsbehörden über die praktischen Regelungen zur Einrichtung eines JEREMIE-Holdingfonds.

Ende Juni 2008 hatte der EIF 44 Lückenanalysen für an JEREMIE interessierte EU-Mitgliedstaaten und -Regionen erstellt.

Das JEREMIE-Team besteht nun aus 21 festen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Derzeitiger Stand

Die Initiative befindet sich in der Implementierungsphase und der EIF hat bereits mit der Slowakischen Republik, Bulgarien, Zypern und mehreren französischen, spanischen und italienischen Regionen Absichts-



erklärungen für eine zukünftige Zusammenarbeit unterzeichnet.

Bisher wurden drei Finanzierungsvereinbarungen im Rahmen von JEREMIE unterzeichnet.

Die erste über einen anfänglichen Betrag von 100 Mio EUR wurde im Juni 2007 mit der Hellenischen Republik abgeschlossen. Griechenland nahm damit eine Pionierrolle ein und zeigte seine Bereitschaft, das ausgeklügelte und effiziente finanztechnische Konzept der JEREMIE-Initiative zu unterstützen und anzuwenden.

Die zweite wurde im Februar 2008 zwischen dem EIF und der rumänischen Regierung über einen anfänglichen Betrag von 100 Mio EUR abgeschlossen, der vom EIF im Auftrag des rumänischen Ministeriums für Wirtschaft und Finanzen verwaltet werden soll. Die Finanzierungsmittel stammen aus dem operationellen Programm „Steigerung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit“, das mit Mitteln des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) gefördert wird. Dabei handelt es sich um die erste Fi-

nanzierungsvereinbarung, die in den neuen Mitgliedstaaten im Rahmen der JEREMIE-Initiative abgeschlossen wurde.

Im Juli 2008 wurde eine Finanzierungsvereinbarung mit der lettischen Regierung unterzeichnet – die erste in einem baltischen Staat im Rahmen der JEREMIE-Initiative. Der Gesamtbetrag von über 183 Mio EUR wird vom EIF im Auftrag des lettischen Wirtschaftsministeriums verwaltet. Die Finanzierungsmittel stammen aus dem operationellen Programm „Unternehmergeist und Innovation“, das vom Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) unterstützt wird.

Die Unterzeichnung einer weiteren Finanzierungsvereinbarung mit der litauischen Regierung über einen Kapitalbetrag von rund 80 Mio EUR ist für Anfang Oktober geplant. Dieser Betrag wird vom EIF im Auftrag des litauischen Wirtschaftsministeriums verwaltet werden. Die Finanzierungsmittel stammen aus dem operationellen Programm „Wirtschaftswachstum“, das mit Mitteln des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) gefördert wird.

Ausblick

Derzeit werden weitere JEREMIE-Finanzierungsvereinbarungen u.a. mit den Regierungen der Slowakischen Republik, Bulgariens und Zyperns, mit dem Regionalrat von Languedoc-Roussillon sowie mit italienischen und polnischen Regionalregierungen ausgehandelt.

Der EIF hat eine Palette von finanztechnischen Instrumenten für Fremd- und Eigenkapitalfinanzierungen entwickelt, die den gesamten Lebenszyklus von KMU abdeckt. In den Ländern, mit denen der EIF Finanzierungsvereinbarungen unterzeichnet hat, wird in Kürze ein an Finanzintermediäre gerichteter Aufruf zur Interessensbekundung für eine Beteiligung an jenen Finanzinstrumenten erfolgen, bei denen ein Marktversagen festgestellt wurde. ■

Abteilung Marketing, EIF

JESSICA

Daniela Sacchi-Cremmer
Hauptabteilung Kommunikation

Initiative startet durch

Zwei Jahre nach ihrer Einführung liefert JESSICA (Joint European Support for Sustainable Investment in City Areas – Gemeinsame Europäische Unterstützung für nachhaltige Investitionen in städtische Gebiete) konkrete Ergebnisse. Vor dem Hintergrund der immer größeren wirtschaftlichen Herausforderungen zeigt sich daran, dass diese Initiative durchaus gerechtfertigt ist.

Was ist Jessica ?

JESSICA ist eine neue Art, EU-Mittel zur Förderung von nachhaltigen Investitionen und Entwicklungsinitiativen in städtischen Gebieten einzusetzen.

JESSICA ist eine gemeinsame Initiative der Europäischen Kommission und der EIB in Zusammenarbeit mit der Entwicklungsbank des Europarats (CEB)¹. Im Rahmen neuer Verfahren haben die Mitgliedstaaten nun die Möglichkeit, einen Teil der EU-Zuschüsse aus den so genannten Strukturfonds für rückzahlbare Finanzierungen für Projekte zu nutzen, die fester Bestandteil von integrierten Plänen zur nachhaltigen Stadtentwicklung sind. Diese projektbezogenen Finanzierungen werden in Form von Eigenkapital, Darlehen und/oder Garantien über Stadtentwicklungsfonds (SEF) und – falls notwendig – Holding-Fonds (HF) bereitgestellt.

¹ E. Yuksel (CEB) ist seit April 2008 als technischer Berater in der JESSICA Task Force vertreten.

Die JESSICA Task Force der EIB hat das Programm inzwischen in 22 EU-Mitgliedstaaten in Gang gebracht. Bis September 2008 waren in 16 dieser Länder bereits Evaluierungen und/oder Machbarkeitsstudien in Angriff genommen.

Die ersten Ergebnisse dieser Studien zeigen, dass ein zügiger Einsatz des JESSICA-Instruments eine flexible Auslegung der einschlägigen Regeln erfordert und dass offene Rechtsfragen und operationelle Probleme in Zukunft rascher gelöst werden müssen.

Außerdem müssen operationelle Budgets aufgestellt und gewisse Anpassungen an den internen Strukturen vorgenommen werden, um den Umsetzungsanforderungen von JESSICA wirksam und effizient gerecht werden zu können. Dazu zählt auch die Einrichtung von Holding-Fonds und die Aufstellung und Finanzierung von Stadtentwicklungsfonds (SEF).

Der aktuelle Stand

In vier Mitgliedstaaten (Vereinigtes Königreich, Deutschland, Italien, Griechenland)

sind die Arbeiten bereits relativ weit fortgeschritten. Dafür gibt es verschiedene Gründe: gut etablierte SEF-Träger (VK), ein günstiges Regulierungsumfeld (VK, DE) oder bereits 2007 erzielte Erfolge bei den Vorbereitungsarbeiten (IT, GR). In diesen Ländern dürften die Holding-Fonds/Stadtentwicklungsfonds bereits in naher Zukunft – wahrscheinlich mit dem Start von zwei oder drei Vorhaben – ihre Tätigkeit aufnehmen.

In acht Ländern (Belgien, Bulgarien, Frankreich, Litauen, Polen, Portugal, Spanien und Ungarn) haben die operativen Kontakte mit den Verwaltungsbehörden und die Beratungs- und Bewertungstätigkeiten 2008 erste konkrete Fortschritte bewirkt. Folglich kann in diesen Ländern damit gerechnet werden, dass erste HF/SEF 2009/2010 ihre Tätigkeit aufnehmen.

In neun Ländern wäre die operative Einführung von JESSICA HF/SEF-Operationen zum gegenwärtigen Zeitpunkt verfrüht, doch haben die Behörden bereits Interesse an einer Zusammenarbeit mit der JESSICA Task Force bekundet, um gezielte Studien zu bestimmten Projekten und/oder Trägern von Stadterneuerungsvorhaben durchzuführen. Konkrete Maßnahmen sind für einen späteren Zeitraum durchaus denkbar.

Eine vorläufige Evaluierungsstudie über das Markt-/instrumentelle Potenzial von JESSICA, die sechs Länderstudien umfasste (VK, Italien, Spanien, Ungarn, Polen, Niederlande), und drei gezieltere Länderstudien (Deutschland, Griechenland und Spanien) sind bereits abgeschlossen. Inzwischen befinden sich zehn weitere gezielte Studien (Bulgarien, Frankreich, Italien (3), Polen (2) und VK (3)) in der Durchführung. Bis Ende



2008 dürften 22 gezielte Studien eingeleitet und 18 Studien abgeschlossen sein.

Blick nach vorn: vier Szenarien für die EIB

Aufgrund der ausgeprägten Unterschiede zwischen den einzelnen Trägern in den begünstigten Ländern scheidet ein Standardkonzept für JESSICA-Initiativen aus. Benötigt wird vielmehr ein maßgeschneiderter Ansatz. Um JESSICA in allen 27 Mitgliedstaaten bzw. Regionen voranzubringen, zeichnen sich für die Einschaltung der EIB in groben Zügen vier Szenarien ab:

1) Dänemark, Deutschland, Frankreich, Niederlande, Österreich, Vereinigtes Königreich: Diese Länder verfügen über beträchtliche Kapazitäten zur Konzipierung und Durchführung von Projekten. Zwar sind ein ausgefeiltes und gut strukturiertes Planungsumfeld und integrierte Stadtentwicklungspläne, jedoch nur begrenzte Strukturfondsmittel vorhanden. Hier kann JESSICA eingesetzt werden, um die verfügbaren Mittel zu ergänzen oder zusätzliche Ressourcen zu mobilisieren. Technische Hilfe der EIB ist nicht erforderlich; vielmehr werden Unterstützung bei der Konzipierung und Durchführung von JESSICA und möglicherweise Finanzierungsbeiträge für einzelne SEF-Projekte benötigt.

2) Belgien, Finnland, Irland, Italien, Luxemburg, Schweden, Spanien: Diese Länder verfügen über beträchtliche Kapazitäten zur Konzipierung und Durchführung von Projekten. Zwar liegen ein relativ gut entwickeltes Planungsumfeld und inte-

griierte Stadtentwicklungspläne sowie Finanzsteuerungsinstrumente vor, doch kommen diese im Stadtentwicklungssektor nur in begrenztem Maße zum Einsatz. Strukturfondsmittel sind in mäßigem Umfang verfügbar. Hier kann JESSICA eingesetzt werden, um die verfügbaren Mittel aufzustocken, zusätzliche Ressourcen zu mobilisieren und bestehende Förderprogramme zu ergänzen. In diesen Fällen könnte die EIB vorübergehend die Funktion eines Holding-Fonds-Managers erfüllen und gezielte technische Hilfe bei der Einrichtung von Instrumenten und Strukturen für die Nutzung von JESSICA leisten.

3) Estland, Griechenland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Portugal, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn, Zypern: Diese Länder verfügen nur über mäßige Kapazitäten zur Konzipierung und Durchführung von Projekten, und das Planungsumfeld ist zwar vorhanden, entspricht aber nicht den heutigen Anforderungen. Sie haben nur begrenzte Erfahrung mit integrierten Stadtentwicklungsplänen und geringe Kapazitäten und Erfahrungen im Bereich Finanzsteuerung. Es stehen umfangreiche Strukturfondsmittel zur Verfügung. Hier kann sich JESSICA als wichtiges Instrument für die Finanzierung der Stadterneuerung erweisen (einschließlich der Streckung der Mittel durch Einsatz revolvingender Fonds). In diesen Fällen könnte die EIB kurz- bis mittelfristig die Funktion eines Holding-Fonds-Managers übernehmen und technische Hilfe bei der Schaffung der Voraussetzungen sowie der Einrichtung von Instrumenten und Strukturen für die Nutzung von JESSICA leisten.

4) Bulgarien und Rumänien: Die Kapazitäten zur Konzipierung und Durchführung von Projekten sind begrenzt, und das Planungsumfeld muss noch erschlossen werden. Diese beiden Länder verfügen kaum über Erfahrungen im Bereich integrierte Stadtentwicklung, und die Kapazitäten auf dem Gebiet der Finanzsteuerung sind sehr begrenzt. Es stehen umfangreiche Strukturfondsmittel zur Verfügung. Hier kann sich JESSICA als wichtiges Instrument für die Finanzierung der Stadterneuerung erweisen (einschließlich der Streckung der Mittel durch Einsatz revolvingender Fonds). In diesen Ländern könnte die EIB mittel- bis langfristig die Funktion eines Holding-Fonds-Managers übernehmen und systematisch technische Hilfe bei der Schaffung der Voraussetzungen sowie der Einrichtung von Instrumenten und Strukturen für die Nutzung von JESSICA leisten.

JESSICA ist ein neues, flexibles Instrument zur Förderung der langfristigen Nachhaltigkeit und neuer Steuerungskonzepte des Stadterneuerungsprozesses. Damit das Potenzial der Initiative voll ausgeschöpft werden kann, bedarf es einer weiteren Klärung des nationalen/EU-Regulierungsumfelds. Ein ganz wesentlicher Aspekt ist dabei die Einleitung einer ersten Serie von Pilotprojekten mit SEF-Trägern in den nächsten 6-12 Monaten (bisher gibt es in Europa nur sehr wenige Beispiele). Für den Erfolg von JESSICA sind auch eine enge Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Kommission und der EIB und ein europaweiter Austausch mit den verschiedenen Akteuren des institutionellen und Finanzsektors von ausschlaggebender Bedeutung. ■



EIB organisiert Konferenz zur Regionalpolitik im slowakischen Bratislava



Am 15. und 16. Oktober 2008 veranstaltet die Europäische Investitionsbank-Gruppe in Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission in Bratislava, Slowakische Republik, eine Konferenz über die neuen Instrumente der europäischen Regionalpolitik, zu der öffentliche und private Interessengruppen aus allen EU-Mitgliedstaaten erwartet werden.

Um die Kapazitäten zur Abschöpfung von Mitteln aus den EU-Strukturfonds zu fördern, hat die Europäische Kommission mit der Europäischen Investitionsbank-Gruppe und anderen Partnerinstitutionen – EBWE, KfW, CEB – eine Reihe von Instrumenten und Mechanismen entwickelt, die gezielte Unterstützung bei der Vorbereitung und Durchführung von Investitionsvorhaben leisten: JASPERS, JEREMIE und JESSICA. Ausgerichtet sind die sogenannten „3J“

auf technische Hilfe (JASPERS), Finanzierung von KMU (JEREMIE) und die Unterstützung einer nachhaltigen Stadtentwicklung (JESSICA).

Die Konferenz, die im Jahr des 50jährigen Bestehens der Bank stattfindet, wird am 15. Oktober von EU-Kommissarin Danuta Hübner, dem slowakischen Minister Ján Počiatek und dem Präsidenten der Europäischen Investitionsbank, Philippe Maystadt, eröffnet. In der Plenarsitzung am darauffolgenden Tag werden politische und wirtschaftliche Fragen erörtert. Anschließend finden Workshops zu fachspezifischeren Themen statt. Im Rahmen dieser interaktiven Veranstaltungen sollen den Teilnehmern Informationen aus erster Hand bezüglich Projektvorbereitung und -durchführung sowie zu Möglichkeiten der Finanzierung – u.a. mit EU-Zuschüssen – vermittelt werden.

Die Konferenz richtet sich an Vertreter von Regierungsbehörden und Gebietskörperschaften, Stadtentwickler, Sachverständige, KMU-Geschäftsführer und Interessenten aus dem Finanzsektor.

Interessenten wenden sich bitte per E-Mail an die EIB unter: events@eib.org. Die Anmeldung ist kostenlos und berechtigt zur Teilnahme an der Plenarsitzung und den Workshops.

Das vollständige Konferenzprogramm ist abrufbar unter: www.eib.org/events

**Hellen Stoffels
Hauptabteilung
Kommunikation**

INTERNE ANGELEGENHEITEN

Meinungsumfrage zur EIB-Info: Ihre Meinung interessiert uns!

UMFRAGE

Bitte nehmen Sie sich ein paar Minuten Zeit, um das dieser EIB-Info beigefügte Umfrageformular auszufüllen.

Wir möchten von Ihnen wissen, was wir Ihrer Meinung nach besser machen sollten und welche Aspekte des Mitteilungsblatts Sie besonders ansprechen. Die Umfrage ist ausschließlich für unseren internen Gebrauch bestimmt, und Ihre Kontaktdaten

werden auf keine unserer Mailinglisten gesetzt werden.

Rücksendung des Umfrageformulars bitte per Post an:
Europäische Investitionsbank, z. Hd. Frau Daniela Sacchi-Cremmer, Hauptabteilung Kommunikation, 100, boulevard Konrad Adenauer, L-2950 Luxembourg

Die erste Ausgabe des EIB-Informationsmagazins wurde im Februar 1975 in sechs Sprachen (Dänisch, Deutsch, Englisch, Französisch, Italienisch und Niederländisch) unter dem Namen „EIB-Informationen“ veröffentlicht. Seitdem sind mindestens drei Ausgaben pro Jahr erschienen. Zurzeit wird das Informationsblatt in vier Sprachen (Deutsch, Englisch, Französisch und Italienisch) herausgegeben. Es wird auf der Website der Bank veröffentlicht und im Durchschnitt werden mehr als 15 000 Exemplare per Post versandt.

oder per Fax an die Nummer (+352) 4379 63188.

Das Formular ist auch in elektronischem Format verfügbar und kann von der Website der EIB heruntergeladen werden (www.eib.org).

Vielen Dank für Ihre Hilfe bei unseren Bemühungen, Sie noch besser zu informieren!

Start des Europäischen PPP-Kompetenz- zentrums (EPEC)

Am 16. September fand in Paris die Feier zum offiziellen Start des Europäischen PPP-Kompetenzzentrums (European PPP Expertise Centre – EPEC) statt. Auf dieser Veranstaltung waren die PPP-Ressorts der Ministerien von etwa 20 Ländern vertreten. An der Feier nahmen EIB-Präsident Philippe Maystadt, Vizepräsident Philippe de Fontaine Vive und Vizepräsidentin Marta Gajęcka sowie EU-Kommissar Joaquín Almunia, der Stellvertretende polnische Premierminister Waldemar Pawlak und der französische Staatssekretär Hervé Novelli teil.

Das EPEC ist ein gemeinsames Kompetenzzentrum, das von der Bank in Zusammenarbeit mit nationalen und regionalen öffentlichen PPP-Stellen und der Europäischen Kommission errichtet wurde. Ziel der Initiative ist es, den Austausch von Erfahrungen und die Definition von „Best practice“ im PPP-Sektor zu erleichtern. Das EPEC wird seine Mitglieder bei der Ausarbeitung ihrer PPP-Programme und -Strategien unterstützen und dabei andere technische Beratungsleistungen, zum Beispiel im Rahmen von JASPERS, ergänzen. Das Kompetenzzentrum wird jedoch keine Beratung zu einzelnen Projekten anbieten.

Das EPEC wird sich auf das Fachwissen der EIB und auf die Erfahrung seiner öffentlichen Mitglieder auf dem Gebiet der PPP-Programme stützen. Um diese Erfahrung besser nutzen zu können, wird die Hälfte der EPEC-Mitarbeiter von den Mitgliedseinrichtungen an die Bank abgestellt werden. Die erste entsprechende Vereinbarung wurde bereits unterzeichnet, und Andy Carty, bisher Chief Operating Officer von Partnerships UK, ist jetzt für das EPEC tätig. Diese enge Zusammenarbeit und der Austausch mit dem öffentlichen Sektor der verschiedenen Länder sind charakteristisch für das EPEC, und durch diesen Schwerpunkt unterscheiden sich seine Dienstleistungen deutlich von denen des Privatsektors.

Die Mitgliedschaft im EPEC ist auf die Europäische Kommission und auf öffentliche Behörden begrenzt, die in den EU-Mitgliedsstaaten und den Kandidatenländern für die PPP-Politik verantwortlich sind. Es wird erwartet, dass im Laufe des Jahres 2008 etwa 25 in Frage kommende Länder und Regionen dem EPEC beitreten werden.

Privatwirtschaftliche Einrichtungen können zwar nicht Mitglieder im EPEC sein, jedoch

haben Vertreter der Projektsponsoren, Auftragnehmer und Fremdkapitalgeber die Initiative der Bank begrüßt.

Der Verwaltungsrat der EIB wird über die Aktivitäten des EPEC im Rahmen der regelmäßigen Planungs- und Berichterstattungsverfahren der Bank unterrichtet werden, und für die Mitglieder des EPEC werden jährliche Berichte erstellt werden. ■

Unterzeichnung der EPEC-Mitgliedsvereinbarung durch Präsident Maystadt und EU-Kommissar Almunia



Nicholas Jennett, Leiter des EPEC,
Direktion Operationen in der Europäischen Union

Portugiesisches PPP-Projekt

erster Nutznießer des LGTT

Der A4/IP4-Autobahnabschnitt im Norden Portugals, für den der Finanzierungsvertrag im letzten Mai unterzeichnet wurde, stellt für die EIB einen Meilenstein dar. Zum ersten Mal in der Geschichte der Bank wurde zusätzlich zu einem vorrangigen Darlehen im Rahmen der FSF (siehe Kasten) in Höhe von 180 Mio EUR eine LGTT-Tranche (siehe Kasten) über 20 Mio EUR unterzeichnet.

Beim LGTT (Loan Guarantee Instrument for Trans-European Transport Network – Kreditgarantieinstrument für TEN-Verkehrsprojekte), einem innovativen Finanzinstrument, das gemeinsam von der Europäischen Kommission und der EIB entwickelt und im Januar 2008 eingeführt wurde, handelt es sich um einen Garantiemechanismus zur Deckung des Verkehrsrisikos während einer Anfangsphase von höchstens sieben Jahren ab Fertigstellung der Projektanlagen. Es dient dazu, eine stärkere Beteiligung des Privatsektors an der Finanzierung der transeuropäischen Verkehrsnetze zu erleichtern.

Das LGTT verbessert die Konditionen, zu denen vorrangige Fremdmittel aufgenommen werden können, sowie die Gesamrentabilität des Projekts. Vorrangige Geldgeber können nachrangige, von der EIB garantierte Stand-by-Kreditlinien in Anspruch nehmen, wenn das tatsächliche Verkehrsaufkommen deutlich geringer ausfällt als ursprünglich erwartet. Auf diese Weise kann der Schuldendienst sichergestellt werden. Wird die LGTT-Garantie der EIB am Ende des Verfügbarkeitszeitraums in Anspruch genommen, wird die EIB selbst nachrangiger Geldgeber für das Projekt. Dieser erste erfolgreiche Einsatz des LGTT war auch der hervorragenden Zusammenarbeit zwischen den für das vorrangige Darlehen und den für das LGTT zuständigen Dienststellen (Finanzierungsoperationen in Portugal bzw. AGI, Aktion für Wachstum) der Bank zu verdanken.

Der Standort des Autobahnprojekts, das vom Staat über die nationale Verkehrs-



behörde Estradas de Portugal, S.A. (EP) gefördert wird, befindet sich im Norden des Landes. Es handelt sich um den Bau der ersten Autobahn in der Region Trás-os-Montes. Die Gesamtkonzession hat eine Laufzeit von höchstens 30 Jahren (ab dem Zeitpunkt der Unterzeichnung des Konzessionsvertrags) und umfasst die Planung, den Bau bzw. Ausbau, die Finanzierung, den Betrieb und die Instandhaltung des mautpflichtigen A4/IP4-Autobahnabschnitts zwischen Amarante (Geraldos) und Vila Real (Parada de Cunhos), einschließlich des Betriebs, der Instandhaltung und des Ausbaus des 4 km langen Teilstücks zwischen den Anschlussstellen Geraldos und Padronelo. Der Abschnitt hat zwei zweispurige Richtungsfahrbahnen und ist 30 km lang (davon sind 26 km völlig neu zu bauen), einschließlich eines 6 km langen Tunnels.

Die Ausschreibung für die öffentlich-private Partnerschaft (PPP) begann am 9. Februar

2007. Wichtiger Bestandteil des neuen Autobahnabschnitts ist der Bau eines 6 km langen Tunnels durch das Marão-Gebirge. Dieser längste je in Portugal errichtete Tunnel ist mit kostenintensiven Bauarbeiten verbunden. Der öffentliche Projektträger, die Estradas de Portugal (EP), kam zu dem Schluss, dass die Verkehrseinnahmen alleine nicht ausreichen würden, um die Investitionskosten zu decken. Daher entschied er sich für ein PPP-Modell, wobei der Konzessionsgeber Verfügbarkeits- und verkehrsbezogene Zahlungen an den Konzessionsnehmer leistet, während der Konzessionsnehmer im Gegenzug die Mauteinnahmen vollständig an den Konzessionsgeber abtritt. ■

Daniela Sacchi-Cremmer
Hauptabteilung
Kommunikation

FSF

Die Fazilität für Strukturierte Finanzierungen (FSF) wurde 2001 eingerichtet, um für vorrangige Projekte zusätzliche Unterstützung in Form von Finanzierungsinstrumenten bereitstellen zu können, die mit einem höheren Risiko, als es üblicherweise von der Bank getragen wird, verbunden sind. Somit soll ein erheblicher zusätzlicher Nutzen bewirkt werden. Jede Finanzierungsoperation wird auf die für die FSF bereitgestellten Mittel (FSF-Reserve) angerechnet. Für die FSF-Reserve wurde vom Rat der Gouverneure 2001 eine anfängliche Mittelausstattung in Höhe von 750 Mio EUR genehmigt, die zwischen 2001 und 2006 voll ausgeschöpft wurde.

2006 stimmte der Rat der Gouverneure einer eventuell notwendigen Aufstockung der FSF-Reserve auf höchstens 3 750 Mio EUR bis 2013 zu, um Operationen aus eigenen Mitteln in Ländern zu unterstützen, in denen die Bank tätig sein darf. 2006 wurde eine Mittelzuweisung von 500 Mio EUR genehmigt, womit sich der Gesamtbetrag der FSF-Reserve auf sein derzeitiges Niveau von 1 250 Mio EUR erhöhte.

Im Juni 2008 wurde von den Gouverneuren der EIB die zentrale Rolle der FSF bei der Risikoteilung anerkannt. Sie genehmigten eine Erhöhung der FSF-Mittel um 1,5 Mrd EUR. Diese zusätzliche Mittelzuweisung ist erforderlich, um den Kapitalbedarf der Bank für die Unterstützung der FSF-Aktivitäten in den Jahren 2009 und 2010 zu decken. Nach dieser Aufstockung der FSF-Reserve steht für künftige Mittelzuweisungen noch 1 Mrd EUR bis zum FSF-Höchstbetrag von 3,75 Mrd EUR zur Verfügung.

Zu den strategischen Zielen der Bank gehört der Aufbau eines substantiellen und nachhaltigen FSF-Programms, das dazu dient, die FSF-Aktivitäten zu einer Kernkomponente der Finanzierungstätigkeit der Bank zu machen. Dabei liegt der Schwerpunkt auf den Bereichen oberster Priorität (TEN, i2i, Energie und Kooperation in Partnerländern). Die FSF kann gegebenenfalls jedoch auch für andere vorrangige Ziele wie die Unterstützung von KMU verwendet werden.

Der stärkere Schwerpunkt der EIB auf der FSF, der durch die entsprechende organisatorische Umstrukturierung ihrer für Finanzierungsoperationen zuständigen Direktionen unterstützt wird, hat sich bereits (insbesondere im Jahr 2007) in einem schnelleren Anstieg der Vertragsunterzeichnungen im Rahmen dieser Fazilität sowie im Aufbau einer umfangreichen Projektpipeline niedergeschlagen.



LGTT

LGTT ist das Akronym für Loan Guarantee Instrument for Trans-European Transport Network (Kreditgarantieinstrument für TEN-Verkehrsprojekte), ein innovatives Finanzinstrument, das gemeinsam von der Europäischen Kommission und der EIB entwickelt und eingeführt wurde. Es zielt darauf ab, die Beteiligung der Privatwirtschaft an der Finanzierung der transeuropäischen Verkehrsnetze (TEN-V) zu erleichtern.

Dieses neue Instrument wird die Beteiligung des Privatsektors an wichtigen europäischen Verkehrsinfrastrukturen erleichtern, für die es oft aufgrund der damit verbundenen Verkehrs-/Einnahmenrisiken vor allem in der anfänglichen Betriebsphase der Projektanlagen schwierig ist, Finanzierungsmittel der Privatwirtschaft zu mobilisieren. Das LGTT, das Bestandteil des TEN-V-Programms der EU und der Aktion für Wachstum der EIB ist, wird diese Risiken zum Teil decken, wodurch die finanzielle Tragfähigkeit der Vorhaben beträchtlich verbessert wird. Das LGTT ist mit 1 Mrd EUR ausgestattet (je 500 Mio EUR von der Kommission und der EIB), womit vorrangige Darlehen von bis zu insgesamt 20 Mrd EUR unterstützt werden sollen.

Das LGTT zielt darauf ab, Investitionen in TEN-Verkehrsvorhaben zu erleichtern, indem die Fähigkeit des Darlehensnehmers, die vorrangigen Darlehen während der Anfangs- bzw. Anlaufphase des Betriebs der Projektanlagen zu bedienen, erheblich verbessert wird. Seine Konstruktion wird zu einer Verbesserung der Kreditqualität der vorrangigen Kreditfazilitäten führen und dadurch eine Verringerung der auf die vorrangigen Darlehen für das Projekt angewandten Risikoaufschläge fördern. Diese Einsparungen dürften die Kosten der Garantie für den Darlehensnehmer übersteigen, wodurch für das Projekt ein finanzieller Zusatznutzen entsteht. Im derzeitigen Marktumfeld wird das LGTT Projekten, die auf verkehrsbedingten Einnahmen beruhen, maßgebliche Unterstützung leisten.

EIB finanziert die „Meeresautobahnen“ der Grimaldi-Gruppe

Die EIB hat der italienischen Grimaldi-Gruppe eine Darlehensfazilität von 250 Mio EUR bereitgestellt. Das Darlehen soll es dem in Neapel ansässigen Unternehmen ermöglichen, seinen Flottenausbau für die „Meeresautobahnen“ im Mittelmeer zu finanzieren. Die Mittel der EIB dienen der Kofinanzierung von insgesamt vier Kreuzfahrtfähren, die Grimaldi bei der Fincantieri-Werft in Auftrag gegeben hat.

Die erste Tranche dieses Darlehens im Betrag von 81 Mio EUR wurde im September über die UniCredit Corporate Banking vergeben, womit diese Bank erneut ihre Fähigkeit unter Beweis gestellt hat, Entwicklungsprojekte führender Unternehmen zu unterstützen.

Die Grimaldi-Gruppe ist Weltmarktführer im Bereich des Seetransports von Fahrzeugen und anderer Roll-on/Roll-off-Fracht (RoRo).

Mit dem Darlehen der EIB soll zum Teil der Erwerb der neuen Kreuzfahrtfähre „Cruise Barcelona“ finanziert werden, die sowohl RoRo-Fracht als auch Passagiere befördern kann.

Die „Cruise Barcelona“ ist – neben dem (im April in Betrieb genommenen) Schwesterschiff „Cruise Roma“ – heute die größte Fähre im Mittelmeer. Sie wird seit Mitte September 2008 auf der Strecke Civitavecchia–Barcelona eingesetzt.

Diese beiden Schiffe übernehmen in ökologischer Hinsicht eine Vorreiterrolle: Auf der Strecke Civitavecchia-Barcelona werden die CO₂-Emissionen um 40% unter den Emissionen liegen, die durch den Straßengüterverkehr und die Beförderung von Passagieren per Flugzeug verursacht werden.

Die „Cruise Barcelona“ wurde von der italienischen Prüf- und Zertifizierungsgesellschaft RINA mit dem „Green Star“ ausgezeichnet. Diese Auszeichnung wird Schiffen verliehen, die auch die Anforderungen der beiden Umweltnormen „Clean Sea“ und

„Clean Air“ erfüllen. Schiffe dieser Kategorie werden unter Einhaltung maximaler Umweltschutzprinzipien geplant, gebaut und eingesetzt.

Die „Cruise Barcelona“, die 2 300 Passagiere befördern kann und eine Ladekapazität von 3 000 Lademetern rollender Ladung (187 Auflieger und 215 Pkw) aufweist, wird auf der „Meeresautobahn“ zwischen Civitavecchia (Rom) und Barcelona eingesetzt werden. Auf dieser Strecke beförderte die Grimaldi-Gruppe im Jahr 2007 ca. 200 000 Passagiere und 50 000 Auflieger. Nach der Inbetriebnahme des neuen Schiffes dürfte sich der Transport von ca. 50 000 weiteren Aufliegern von dem überlasteten europäischen Straßennetz auf die Meeresautobahnen verlagern. Dies wird sich aufgrund der damit einhergehenden Reduzierung von CO₂-Emissionen, Verkehrsbelastung und Verringerung der Zahl von Verkehrsunfällen spürbar positiv auswirken.

Das Schiff wird daher zur Entwicklung des Europäischen Binnenmarkts und zur Umsetzung der auf die Förderung des Kurzstreckenseetransports ausgerichteten Politik der Europäischen Kommission beitragen. Ziel dieser Politik ist es, die voraussichtliche erhebliche Zunahme des Straßenverkehrs zu begrenzen, eine ausgewogenere Verteilung des modalen Anteils der einzelnen Verkehrsträger am Gesamtverkehr und eine Reduzierung von Engpässen im Landverkehr zu erreichen. Mit einer Geschwindigkeit von 28 Knoten erweist sich die „Cruise Barcelona“ in Bezug auf die Reisezeit verglichen mit der Straßbeförderung als äußerst wettbewerbsfähig, da das Schiff nur

20 Stunden benötigt, um die beiden Mittelmeerstädte miteinander zu verbinden. Die Straßenentfernung zwischen diesen zwei Städten beträgt etwa 1 400 km.

Die 1947 gegründete Grimaldi-Gruppe befindet sich nach wie vor im Besitz der Grimaldi-Familie und hat ihren Hauptsitz in Neapel. Sie verfügt über eine Flotte von 120 Schiffen, kontrolliert die (an der Börse in Helsinki notierte) Reederei Finlines und ist Mehrheitsanteilseigner der griechischen Reederei Minoan Lines (die an der Börse von Athen notiert ist). Die Gruppe erzielte im Jahr 2007 einen Umsatz von 2,5 Mrd EUR bei ausstehenden Investitionen von 2,2 Mrd EUR. Diese Investitionen betreffen 31 bereits bei Werften in Auftrag gegebene Schiffe, die bis 2011 ausgeliefert werden sollen. In den letzten Jahren hat Grimaldi über 1,5 Mrd EUR in die Meeresautobahnen investiert, die sich von der Ostsee bis ins Mittelmeer erstrecken.

Der Schiffsbaukonzern Fincantieri gehört zu den weltweit führenden, auf die Planung und den Bau von Handels- und Militärschiffen spezialisierten Unternehmen. Das Kerngeschäft des Unternehmens bildet der Bau komplexer Schiffe, bei denen modernste Technologien zum Einsatz kommen. Dazu zählen Kreuzfahrtschiffe und große Fähren. ■

Andrea Clerici
Hauptabteilung Adriaarium
Abteilung Italien und Malta

„Das Darlehen der EIB zeigt, dass die soziale Bedeutung der europäischen „Meeresautobahnen“ auf institutioneller Ebene anerkannt wird. Diese oft unterschätzte strategische Infrastruktur ist für das Wirtschaftswachstum und den europäischen Zusammenhalt äußerst wichtig“, betonte Emanuele Grimaldi, Mitglied der Geschäftsleitung der Grimaldi-Gruppe. Herr Grimaldi unterstrich ferner, dass „Investitionen in den Ausbau der „Meeresautobahnen“ einen Akt sozialer Verantwortung darstellen“ und wies in diesem Zusammenhang auf die Vorteile hin, die sich durch den Einsatz der Schwesterschiffe „Cruise Roma“ und „Cruise Barcelona“ für die Umwelt ergeben. „Die Grimaldi Gruppe erzielt tagtäglich pro Einzelfahrt eines dieser neuen Schiffe Einsparungen von etwa 183 Tonnen CO₂“, so Herr Grimaldi. Die Dimensionen und die Ladekapazität jedes dieser beiden Schiffe ermöglichen eine erhebliche Reduzierung der CO₂-Emissionen, die – verglichen mit der Beförderung einer vergleichbaren Frachtmenge und Passagierzahl per Lkw und Flugzeug – bis zu 40% betragen kann.

Auf einer einfachen Fahrt kann die „Cruise Barcelona“ bis zu 187 Auflieger und 215 Pkw (insgesamt 214 Auflieger-Äquivalente) und 2 140 Passagiere bei einem Kraftstoffverbrauch von insgesamt 88,4 Tonnen Bunkeröl und einer Schadstoffemission von insgesamt 276 Tonnen CO₂ befördern. Die Beförderung der gleichen Zahl von Aufliegern und Passagieren per Lkw und Flugzeug (Passagiere) würde mit einer Emission von insgesamt 458 Tonnen CO₂ (Lkw: 281 Tonnen; Flugzeuge: 177 Tonnen – Quelle: CO₂-Rechner der Air France) einhergehen.



Rahmenprogramm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation:

Rückblick nach 10 Monaten

Das Rahmenprogramm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (Competitiveness and Innovation Framework-Programme – CIP) der Europäischen Kommission für den Zeitraum 2007-2013 wurde eingerichtet, um Produktivität, Innovationsfähigkeit und nachhaltiges Wachstum in Europa zu fördern und gleichzeitig auf die damit einhergehende Umweltproblematik einzugehen.

Im Rahmen des CIP wurden dem EIF Ende 2007 Haushaltsmittel in Höhe von 1,1 Mrd EUR zur Verfügung gestellt. Dieser Betrag ist für Risikokapitalfinanzierungen im Rahmen der Fazilität für wachstumsintensive und innovative KMU (GIF) und für Garantien im Rahmen der KMU-Bürgschaftsfazilität (SMEG) bestimmt.

Die GIF unterstützt innovative KMU über ihren gesamten Lebenszyklus hinweg und hat eine starke Hebelwirkung für die Versorgung dieser Unternehmen mit Beteiligungskapital. Sie ist für Investments in der Gründungs- und Startphase (GIF1) vorgesehen und stellt Kapital für Fonds zur Verfügung, die sich auf bestimmte Sektoren, Technologien oder Forschungsarbeiten konzentrieren. Darüber hinaus unterstützt sie auch Beteiligungen in der Expansionsphase (GIF2), um wachsende KMU mit Entwicklungskapital zu fördern.

Im Rahmen der GIF soll auch die Finanzierung von Öko-Innovationen intensiviert werden, ein Bereich, in dem der EIF seine Aktivitäten weiter ausbaut.

Damit erweitert die GIF sowohl die Bandbreite der Finanzierungen des EIF als auch ihren Umfang.

Im Rahmen der KMU-Bürgschaftsfazilität unterstützt der EIF KMU durch das Stellen von Rück- oder gegebenenfalls Mitbürgschaften für bestehende Bürgschaftsfazilitäten sowie durch direkte Bürgschaften für andere Finanzintermediäre.

Allgemeines Ziel der KMU-Bürgschaftsfazilität ist es, die besonderen Schwierigkeiten zu verringern, mit denen KMU beim Beschaffen von Finanzierungen konfrontiert sind, weil ein höheres Risiko angenommen wird oder weil es an hinreichenden Sicherheiten mangelt.

Die EU-Bürgschaften werden vom EIF im Auftrag der Europäischen Kommission gestellt und decken einen Teil des Risikos des Finanzintermediärs im Zusammenhang mit den betreffenden Darlehen oder Leasing-Transaktionen ab.



Somit ergänzt und erweitert die KMU-Bürgerschaftsfazilität das eigene Produktangebot des EIF. Sie besteht aus vier Teilen:

- Bürgschaften für Portfolios von mittel- bis langfristigen Fremdfinanzierungen für KMU mit Wachstumspotenzial;
- Bürgschaften für Portfolios von Mikrokrediten, um Finanzinstitute zur Finanzierung von Kleinunternehmen – insbesondere Start-ups – zu veranlassen;
- Bürgschaften zur Absicherung von Beteiligungen an KMU in der Gründungs- und Startphase sowie von Mezzanine-Finanzierungen, um KMU bei der Verbesserung ihrer Finanzstruktur zu unterstützen;
- Bürgschaften zur Unterstützung von Verbriefungen, damit Finanzinstitute zusätzliche Fremdfinanzierungen für KMU mobilisieren können. Derartige Bürgschaften werden gegen die Verpflichtung des Finanzintermediärs gestellt, einen Teil der hieraus resultierenden Mittel für zusätzliche KMU-Finanzierungen zu verwenden.

Der aktuelle Stand

Bereits über 100 Mio EUR in 10 Risikokapitalfonds investiert

Weniger als ein Jahr, nachdem dem EIF die Verwaltung eines Teils der Fazilität übertragen wurde, hat er bereits über 100 Mio EUR der CIP-Mittel in 10 Risikokapitalfonds investiert.

Die folgenden Beschreibungen dieser Investments veranschaulichen, wie das CIP dem EIF die Möglichkeit gibt, eine wichtige Rolle bei der Einrichtung von Fonds und der Unterstützung von neu gebildeten Managementteams sowie verschiedener Sektoren und Ländern zu spielen.

- Der UMIP Fund wurde auf Initiative der Universität Manchester gegründet, um in wachstumsstarke Unternehmen zu investieren, die aus ihren Forschungsaktivitäten hervorgehen. Der Fonds konzentriert sich in erster Linie auf Beteiligungen in der Phase des Nachweises der praktischen Realisierbarkeit (proof-of-principle) sowie in sehr frühen Stadien in allen Technologiebereichen (Ingenieurwissenschaften, Naturwissenschaften, Medizin und Life Sciences). Im Rahmen dieser bahnbrechenden Operation hat die Beteiligung des EIF einen Technologietransfer ermöglicht, der im Hinblick auf die Schaffung von Werten und die Gründung neuer Unternehmen erhebliche Wirkung gezeigt hat, aber auch

zu weiteren technologischen Entwicklungen beigetragen hat. Mit seiner Beteiligung konnte der EIF die kommerzielle Nutzung geistigen Eigentums von Universitäten unterstützen, ein Bereich mit akutem Nachholbedarf. Vor kurzem erfolgte das erste Closing bei einem Volumen von 32 Mio GBP, wobei ein Gesamtvolumen von 50 Mio GBP angestrebt wird. Diese Beteiligung erfolgte im Rahmen der GIF1.

- Der Capricorn Cleantech Fund ist ein europaweiter Frühphasenfonds mit Sitz in Belgien, der sich auf technologieorientierte KMU konzentriert, die sich auf „Cleantech“/Öko-Innovation spezialisiert haben und ein breites Spektrum von Produkten, Prozessen und Dienstleistungen abdecken, die erneuerbare Materialien und Energiequellen nutzen, die natürlichen Ressourcen schonen, Umweltverschmutzung verringern oder ganz eliminieren und wirtschaftlichen Wert schaffen, indem sie die Kosten deutlich senken und die Rentabilität steigern. Capricorn hat kürzlich bei 101 Mio EUR sein letztes Closing abgeschlossen. Diese Beteiligung erfolgte im Rahmen der GIF1.

- Der Inventure Fund mit Sitz in Helsinki konzentriert sich auf innovative Technologieunternehmen in Finnland, die ein globales Marktpotenzial haben, sich durch attraktive Geschäftsmodelle auszeichnen und in den Bereichen Software, Elektronik, Halbleiter, Industrieproduktion und Materialtechnologie tätig sind. Inventure hat bei 35,4 Mio EUR ein erstes Closing abgeschlossen und will ein Gesamtvolumen von 50 Mio EUR erreichen. Diese Beteiligung erfolgte im Rahmen der GIF1.

- 360 Capital One ist ein länderübergreifender Risikokapitalfonds im Technologiesektor mit einem Volumen von rund 100 Mio EUR. 360 Capital One investiert vorwiegend in Italien und Frankreich und erwirbt Beteiligungen an innovationsorientierten KMU in ihrer frühen Entwicklungsphase. Den Sektorschwerpunkt des Fonds bilden Automatisierung, Finanzdienstleistungen, neue Möglichkeiten im Internet, IKT und Einzelhandel. Diese Beteiligung erfolgte im Rahmen der GIF1.

- Fountain Healthcare Partners Fund 1 ist ein Risikokapitalfonds im Bereich Life Science, der seinen Sitz in Dublin hat. Er wird in irische KMU investieren, die sich auf Produktentwicklungsprogramme konzentrieren und eine klare Marschrichtung für die Vermarktung haben. Der Fonds wird sich schwerpunktmäßig in den Bereichen Spezialpharmaka, medizinische Geräte, Biotechnologie und Diagnostik engagie-

Delphine Munro Leiterin der Abteilung Marketing des EIF



ren. Fountain hat sein erstes Closing bei einem Volumen von 75 Mio EUR abgeschlossen und strebt ein letztes Closing bei rund 100 Mio EUR an. Diese Beteiligung erfolgte im Rahmen der GIF1.

- Der deutsche Risikokapitalfonds SHS III konzentriert sich auf Frühphasenbeteiligungen. Zu den anvisierten Branchen gehören Medizintechnik, Diagnostik, Arzneimittelentwicklung und Produktionstechnologie für Geräte zur medizinischen Diagnose und Verabreichung von Arzneimitteln. Der Fonds konzentriert sich auf deutsche Unternehmen in der Frühphase, die bereits eine erste Bewährungsprobe auf dem Markt bestanden haben oder erste klinische Erfolge bei medizinischen Geräten vorweisen können. Das erste Closing erfolgte bei 40 Mio EUR. Diese Beteiligung erfolgte im Rahmen der GIF1.
- Der schottische Fonds Pentech gehört zu den führenden Investoren im Vereinigten Königreich, die sich an Software-Un-



ternehmen in der Frühphase beteiligen. Pentech II konzentriert sich auf Frühphasen-Softwareunternehmen im Vereinigten Königreich und in Irland mit starkem Wachstumspotenzial, um sie zu global erfolgreichen Marktteilnehmern zu entwickeln. Das Closing erfolgte bei einem Betrag, der über dem Zielvolumen von 45 Mio GBP lag. Diese Beteiligung erfolgte im Rahmen der GIF1.

- Der Chalmers Innovation Fund ist eine Zweckgesellschaft für Technologietransfer, die mit der Chalmers-Stiftung in Göteborg, Schweden, zusammenarbeitet. Dieses innovative Finanzierungsinstrument wird vorwiegend in Start-up-Unternehmen im Bereich Technologietransfer sowie in Projekte investieren, bei denen Chalmers Innovation die Funktion eines Unternehmensinkubators hatte, hat oder noch übernehmen will. Diese Start-ups werden aus der Technischen Hochschule Chalmers und der Universität Göteborg hervorgehen oder andere Ursprünge (Industrie oder Einzelunternehmer) haben. Seit seiner Gründung war Chalmers Innovation an der Entwicklung von 75 technologieorientierten Unternehmen beteiligt. Diese Beteiligung erfolgte im Rahmen der GIF1.
- Der BaltCap Private Equity Fund stellt Kapital für die Expansion und Entwicklung von KMU in Estland, Lettland und Litauen zur Verfügung. Zu den Schwerpunktbereichen des Fonds gehören Einzelhandel, exportorientierte verarbeitende Unternehmen, Reisen und Freizeit, Umwelt, Kommunikation, Verkehr und Bauwesen. BaltCap hat bei 58 Mio EUR ein erstes Closing abgeschlossen und will ein Gesamtvolumen von 100 Mio EUR erreichen. Hierbei handelt es sich um die erste Beteiligung des EIF in den neuen Mitgliedstaaten im Rahmen der GIF2, was die Entschlossenheit des EIF widerspiegelt, die wirtschaftliche Entwicklung in dieser Region zu fördern.
- Albuquerque ist ein allgemein ausgerichteter Private-Equity-Fonds, der sich schwerpunktmäßig im mittleren Marktsegment engagiert und sich an kleinen KMU in Portugal beteiligt. Der Fonds wird zwischen 5 und 15 Mio EUR in KMU mit starkem Entwicklungspotenzial und sehr guten Aussichten für das Umsatzwachstum investieren. Albuquerque wird sich auf Branchen konzentrieren, in denen Wachstumstreiber ermittelt wurden, sowie auf ausgereifte, stabil wachsende und sich konsolidierende Sektoren. Hierbei handelt es sich um die zweite und größte Beteiligung im Rahmen der GIF2.

EIF hat ersten Bürgschaftsvertrag im Rahmen des neuen CIP-Programms der EU unterzeichnet

Im Bereich der Bürgschaften hat der EIF über die KMU-Bürgschaftsfazilität im Rahmen des CIP die Gelegenheit bekommen, einen bedeutenden Beitrag zur Schaffung von nachhaltigen Arbeitsplätzen und von Unternehmergeist in europäischen KMU zu leisten.

Der EIF hat vor kurzer Zeit im Rahmen der Fazilität einen Vertrag mit dem Fonds de Participation (FdP) in Brüssel unterzeichnet. Der FdP ist eine autonome öffentliche Institution in Belgien, deren Aufgabe es ist, nachrangige Darlehen an KMU und Darlehen an Kleinstunternehmen zu vergeben, die im traditionellen Bankensystem keine Darlehen bekommen. Bei dieser Operation handelt es sich um den ersten Bürgschaftsvertrag, den der EIF im Rahmen des CIP unterzeichnet hat.

Ausblick

Dem EIF bieten sich zahlreiche Möglichkeiten für Risikokapitalfinanzierungen im Rahmen des CIP, und es sind noch vor Ende 2008 einige Vertragsabschlüsse geplant.

Der EIF erhielt außerdem zahlreiche Anträge von Finanzintermediären bezüglich seiner CIP-Bürgschaftsfazilität, und es lau-

fen zurzeit Verhandlungen über eine Reihe von Verträgen. Weitere Vertragsabschlüsse mit deutschen, französischen, ungarischen, spanischen und griechischen Intermediären sind ebenfalls in Vorbereitung.

Dank der finanziellen Unterstützung durch die Europäische Kommission kann der EIF weiterhin seine Aufgabe wahrnehmen, seine KMU-Finanzierungen zugunsten von Innovation, Unternehmergeist und Wachstum zu verbessern. ■



EIB überarbeitet ihre Finanzierungspolitik im Wassersektor

Die EIB hat ihre Politik für die Finanzierung wasserwirtschaftlicher Vorhaben überarbeitet und an die Entwicklungen und Herausforderungen in diesem wichtigen Sektor angepasst. Die überarbeitete Finanzierungspolitik für den Wassersektor wird dazu beitragen, die Rolle der EIB als bedeutender globaler Geldgeber des Sektors sowie als „EU-Wasserwirtschaftsbank“ weiter zu stärken. Die entsprechende Unterlage wurde auf wichtigen Konferenzen vorgestellt, unter anderem im Rahmen der kürzlich organisierten Stockholmer Wasserwoche und auf dem im September vom Internationalen Weltwasserverband veranstalteten Weltwasserkongress in Wien.



Küstenstädte in mehreren Ländern – von Spanien und Portugal bis hin zu Griechenland und Zypern sowie im Mittelmeerraum ganz allgemein – verzeichnen infolge von schweren Dürren weiterhin ernste Probleme bei der Trinkwasserversorgung. Andererseits haben in den vergangenen Jahren katastrophale Überschwemmungen Teile Mittel- und Nordeuropas verwüstet, zahlreiche Menschenleben gefordert und erhebliche wirtschaftliche Schäden verursacht. Weltweit haben mehr als 1,1 Mrd Menschen keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser, und in Afrika leben sieben von zehn Menschen ohne sanitäre Grundversorgung. Die wachsende Bedeutung wasserwirtschaftlicher Fragen und die oben hervorgehobenen Probleme spiegeln sich in der Umwelt- und der Entwicklungspolitik der EU deutlich wider, wobei der Wassersektor einer der am umfassendsten regulierten Bereiche der EU-Umweltbestimmungen ist.

Die Einschaltung der EIB bewirkt für Wasserprojekte einen bedeutenden Zusatznutzen, der sich aus der Unterstützung bei der Projektvorbereitung, Beratungsleistungen und technischer Hilfe ergibt. Die Finanzierungen der Bank sind darauf ausgerichtet, einen möglichst hohen zusätzlichen Nutzen zu bewirken, weshalb sie ihre Prioritäten an diesem Ziel orientiert. Die EIB verfügt im

Vergleich zu anderen Finanzierungsinstitutionen über ganz entscheidende Vorteile und ermöglicht insbesondere den Transfer von sektor- und projektspezifischen Erfahrungen aus der EU in andere Länder der Welt.

Vor diesem Hintergrund hat die Bank ihre Finanzierungspolitik im Wassersektor überarbeitet. Sie trägt den maßgeblichen Eckpfeilern und Herausforderungen der EU-Politik Rechnung und legt eine Reihe von Grundsätzen und Maßnahmen fest, durch die die Rolle der Bank als wichtiger Finanzierungspartner für Investitionen in diesem Sektor konsolidiert wird. Mit der umfassenden Unterlage zu ihrer überarbeiteten

Politik im Wassersektor hat die EIB ihr Engagement als bedeutender Geldgeber des Wasserwirtschaftssektors innerhalb und außerhalb der EU bekräftigt. Ziel der Bank ist es, an ihre gute Erfolgsbilanz anzuknüpfen, die Hebelwirkung und den zusätzlichen Nutzen ihrer Operationen in dem Sektor auszubauen und ihre Klimaschutzpolitik weiter zu verbessern, indem sie die bereits laufenden Kompensationsmaßnahmen durch eine Anpassungsstrategie ergänzt.

Der vollständige Text der Unterlage über die Finanzierungspolitik der EIB im Wassersektor ist auf der Website der EIB abrufbar: www.eib.org/publications ■



Christoph Gleitsmann und Dušan Ondrejčka

Verleihung des EIB-ERSA- Preises 2008

Mateu Turró, Hauptabteilung
Konvergenz und Umwelt,
Abteilung Städtische Infrastruktur

an Professor Anthony Venables von der Oxford
University für seine herausragenden Leistungen in der
regionalwissenschaftlichen Forschung

Die Europäische Investitionsbank, vertreten durch den Koordinator der EIB-Aktion zur Förderung der Universitätsforschung, Dr. Mateu Turró, hat am 28. August auf dem 48. Kongress der European Regional Science Association (ERSA) in Liverpool Herrn Prof. Anthony

Venables von der Oxford University den ersten EIB-ERSA-Preis für regionalwissenschaftliche Forschung verliehen. Bisher hat die ERSA jedes Jahr einen herausragenden Wissenschaftler in Anerkennung seines bedeutenden Beitrags zum Verständnis wichtiger Prozesse in Regionalwissenschaften

mit einem Preis ausgezeichnet. Da die EIB den Preis fördert, wurde er nun in den EIB-ERSA-Preis umbenannt. Zu den bisherigen Preisträgern des ERSA-Preises, der von einem von der ERSA eingerichteten, unabhängigen Ausschuss unter der Leitung von Piet Rietveld verliehen wird, gehören: Peter Nijkamp, Jean Paelinck, Alan Wilson, Ake Andersson, Martin Beckmann und Jacques Thisse. Dank der Unterstützung der EIB erhielt der Sieger in diesem Jahr erstmals ein Preisgeld von 5 000 EUR.

In Anbetracht der Bedeutung, die die EIB der Regionalentwicklung im Rahmen ihrer Tätigkeit beimisst, ist der EIB-Universitätsausschuss der Ansicht, dass diese Unterstützung sowohl einen Beitrag zur Förderung der Forschung im Bereich Regionalwissenschaften leisten als auch die Tätigkeit der Bank in professionellen Kreisen dieses Bereichs bekannter machen wird. ■

Bürgerbeauftragter und EIB unterzeichnen Absichtserklärung

Der Europäische Bürgerbeauftragte (EB), P. Nikiforos Diamandouros, und der Präsident der Europäischen Investitionsbank (EIB), Philippe Maystadt, haben in Luxemburg eine Absichtserklärung (Memorandum of Understanding) unterzeichnet. Ziel dieser Erklärung ist der verbesserte Schutz von Anspruchs- und Interessengruppen vor potenziellen Missständen in der Verwaltungstätigkeit der EIB.

Die Absichtserklärung baut auf die gute Zusammenarbeit zwischen der EIB und dem EB bei dessen Untersuchungen in Bezug auf die Tätigkeit der Bank auf.

Die Absichtserklärung enthält folgende Hauptpunkte:

- Ausweitung der zu schützenden Anspruchs- und Interessengruppen auf Personen bzw. Gruppen, die weder EU-Bürger noch in der EU ansässig sind bzw. ihren Sitz nicht in der EU haben.
- Vor Einreichung einer Beschwerde über angebliche Missstände in der Verwaltungstätigkeit beim EB kann der Beschwerdeführer auf ein wirksames internes Beschwerdeverfahren der EIB zurückgreifen. Dieses Verfahren ist in der Beschwerdefragen betreffende Politik der Bank festgelegt, zu der 2009 eine Befragung der Öffentlichkeit durchgeführt wird. Informationen zu der Beschwerdefragen betreffende Politik sind im Internet abrufbar unter: <http://www.eib.org>.

Der EB und die EIB vertreten gemeinsame Ansichten zu mehreren Grundsätzen und bekräftigten erneut, dass die EIB die Öffentlichkeit über die Grundsätze, Standards und Verfahren informieren sollte, die auf die ökologischen, sozialen und entwicklungsrelevanten Aspekte ihrer Tätigkeit Anwendung finden, und dass unter den vom EB verwendeten Begriff des „Missstands in der Verwaltungstätigkeit“ auch Menschenrechtsverletzungen, die Verletzung geltenden Rechts oder die Missachtung der Grundsätze einer ordentlichen Verwaltungspraxis fallen. Die EIB und der EB vereinbarten, sich mindestens einmal pro Jahr zu treffen, um die praktische Umsetzung der Absichtserklärung zu erörtern. ■

FEMIP-Seminar über Humankapital

„Matching skills and market needs:
the human capital challenge in the Mediterranean region“

Luxemburg, Hauptsitz der EIB, 18.-19. November 2008

Die Entwicklung des Humankapitals – einschließlich Bildung und Gesundheit – zählt mittlerweile zu den Schwerpunkten der FEMIP-Initiative für den Mittelmeerraum und zielt darauf ab, ein solides, vom Privatsektor getragenes Wirtschaftswachstum zu fördern. Zu diesem Zweck wurden im Zeitraum 2002 bis 2007 FEMIP-Mittel in Höhe von rund 250 Mio EUR für den Bereich Humankapital bereitgestellt. Die Entwicklung des Humankapitals in den Mittelmeerländern stellt auch eine Priorität der Initiative „Barcelona-Prozess: Union für den Mittelmeerraum“ dar.

Vor diesem Hintergrund organisiert die FEMIP am 18. und 19. November 2008 in den Räumlichkeiten der EIB ein eintägiges Seminar über die Rolle der Humanressourcen bei der Entwicklung des Privatsektors im Mittelmeerraum.

Auf der Veranstaltung, an der unter anderem Vertreter von Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten, Universitäten, multilateralen Organisationen, des Privatsektors und von NGO teilnehmen werden, sollen die wichtigsten Herausforderungen in Verbindung mit dem Wirtschaftswachstum und der Arbeitsmarktentwicklung im Mittelmeerraum erörtert werden. Unter diesen Leitgedanken finden drei Seminarveranstaltungen zu folgenden Themen statt: Herausforderung der Schaffung von Arbeitsplätzen, erforderliche Qualifikationen sowie Arbeitsmarktreformen zur Förderung der Entwicklung des Privatsektors in der Region.

Das Seminar ist Bestandteil des FEMIP-Praktikumsprogramms, das 2006 im Finanzrah-

men des FEMIP-Treuhandfonds mit dem Ziel gestartet wurde, den Kompetenzaufbau in der Mittelmeerregion zu unterstützen.

Weitere Informationen über das Seminar werden auf der Website der EIB veröffentlicht unter <http://www.eib.org>. ■



Humanitäre Hilfe für Flüchtlinge in Kenia



Das Büro der EIB in Nairobi und die Delegation der Europäischen Kommission in Kenia sammelten im Rahmen der Feierlichkeiten zum Europatag am 9. Mai insgesamt 12 500 EUR Spendengelder für humanitäre Hilfe für die mehreren Tausend Kenianer, die bei den gewaltsamen Ausschreitungen nach den Wahlen in Kenia aus ihren Heimatorten vertrieben wurden. Bei den Unruhen kamen mehr als 1 000 Menschen ums Leben und rund 350 000 mussten flüchten.

Die Spendengelder wurden dem **kenianischen Roten Kreuz** übergeben und dienen der humanitären Grundversorgung der Flüchtlinge mit Wasser, Sanitäranlagen, Medikamenten und Nahrungsmitteln. In Kenia lebten zum Zeitpunkt der Übergabe nach wie vor rund 140 000 Menschen in Zeltlagern. ■

Modernes Energiemanagementsystem in Kenia

Am 14. Juli nahmen Vertreter des EIB-Büros in Nairobi auf offizielle Einladung an der Inbetriebnahme des neuen Bündelfunksystems von Kenia teil, das seinen Standort in der Provinz Central am Fuße des majestätischen Mount Kenya hat. Das neue Bündelfunksystem ist Teil der Modernisierung des Energiemanagementsystems, die von der Stromversorgungsgesellschaft Kenya Power & Lighting Co. (KPLC) durchgeführt wird. Die Bank hat dieses Teilvorhaben im Rahmen ihres Projekts „KPLC grid development“ mitfinanziert, für das der kenianischen Regierung im Dezember 2005 ein Darlehen von insgesamt 43 Mio EUR gewährt wurde.

Das von der Bank mitfinanzierte Projekt, dessen Gesamtkosten auf 121 Mio EUR geschätzt werden, umfasst die Modernisierung der bestehenden und die Errichtung neuer Umspannstationen, Sanierungs- und Ausbauarbeiten an Verteilungsleitungen auf einer Länge von 1 240 km, den Anschluss von 320 000 neuen Verbrauchern und den Austausch der Steuerzentralen und der Funkeinrichtungen. Das veraltete System für Steuerung, Überwachung und Datenerfassung einschließlich eines Energiemanagementsystems (SCADA/EMS) wird durch ein neues ersetzt, um Kenias nationale Netzleitstelle und die vier regionalen Netzleitstellen an moderne Standards anzupassen. Dazu gehört auch die Installation von Hard- und Software und der entsprechenden, zum Teil glasfasergestützten Kommunikationsinfrastruktur sowie die Erneuerung des veralteten Funksystems für die Region des Mount Kenya. Das SCADA-System ist auf die künftige Entbündelung des Übertragungs- und Versorgungsgeschäfts ausgelegt und entspricht den technischen Anforderungen grenzüberschreitender Verbindungen, die mittelfristig geplant sind.

Das Projekt ist Teil von Kenias umfassendem Modernisierungsprogramm zur Erhöhung der Effizienz im nationalen Stromsektor und zur Förderung der langfristigen Tragfähigkeit in Einklang mit den politischen Leitlinien der kenianischen Regierung. Ergänzt wurde der Finanzierungsbeitrag der Bank durch Mittel der Weltbank (IDA), der französischen Entwicklungsagentur AFD und des Nordischen Entwicklungsfonds. ■



Carmelo Cocuzza, Büro der EIB in Nairobi

EIB-Schulung in Projektprüfung und -überwachung für Mitarbeiter der nigerianischen Intercontinental Bank

Luca Ponzellini, Abteilung Westafrika und Sahelzone, Direktion Operationen außerhalb der EU und der Bewerberländer

Ende 2007 unterzeichnete die EIB mit der Intercontinental Bank von Nigeria ein Globaldarlehen über 50 Mio EUR für die Finanzierung kleiner und mittlerer, auf die Bereiche Gesundheit und Bildung ausgerichteter Vorhaben des Privatsektors. Mit dieser Operation wurde in den AKP-Ländern erstmals ein Globaldarlehen gewährt, das auf zwei spezifische Wirtschaftssektoren ausgerichtet ist. Darüber hinaus sind Investitionen in Humankapital bei afrikanischen Banken weitgehend unüblich.

Da es in diesen Sektoren um Humankapital geht und sie daher eventuell besonders sen-

sibel sind, wurde der Unterstützung durch die Direktion Projekte (PJ) der EIB besondere Bedeutung beigemessen. Aus diesem Grund beschloss die Bank, für die nigerianische Partnerbank in Luxemburg eine Schulung zur Prüfung von Finanzierungsanträgen für Humankapitalprojekte durchzuführen. So kam in der dritten Juli-Woche eine vierköpfige Delegation aus Nigeria zu einer von EIB-Fachkräften durchgeführten Schulung nach Luxemburg. Organisiert wurde die Schulung von zwei Mitarbeitern der Direktion PJ, Abteilung Humankapital – Chris Blades und Luisa Ferreira. Dabei wurden nicht nur den Bildungs- und den Gesundheitsbereich betreffenden Aspekte, sondern der gesamte Pro-

jektzyklus behandelt. An der Veranstaltung nahmen zahlreiche Bankmitarbeiter teil, die im Bereich Humankapital mit der Überwachung und Projektdurchführung, Auftragsvergabe sowie Prüfung der Umwelt- und Sozialverträglichkeit befasst sind. Insgesamt waren 10 Mitarbeiter von PJ an der viertägigen Schulungsmaßnahme beteiligt. Am letzten Tag hatten die Generaldirektionen Juristische Angelegenheiten und Operationen (JU und Ops) Gelegenheit, auf Darlehenskonditionen sowie auf Auszahlungsverfahren und Überwachungsanforderungen einzugehen. Unsere nigerianischen Kollegen haben die Schulung sehr begrüßt und fanden sie ausgesprochen nützlich. ■

Ernennung im Senior Management der EIB

Patricia Tibbels ist zur Direktorin der Hauptabteilung Gebäude, Logistik und Dokumentation in der Generaldirektion Strategie ernannt worden.

Sie kam 1976 zur Bank und war zunächst in der Arbeitsgruppe tätig, die für die Errichtung des ersten EIB-Gebäudes zuständig war. Anschließend bekleidete sie mehrere

verantwortungsvolle Positionen – zunächst im Facility Management und in der Organisation und später im Bereich Governance, wo sie für die interinstitutionellen Beziehungen zum Europäischen Rechnungshof und zum Europäischen Bürgerbeauftragten sowie für Transparenzpolitik, Pressearbeit und die Ausarbeitung des Operativen Gesamtplans der Bank verantwortlich war.

2006 wurde sie Leiterin der Abteilung Facility Management und Anfang 2007 Leitende Verantwortliche der Hauptabteilung Gebäude, Logistik und Dokumentation.

Vor ihrem Eintritt in die Bank war Patricia Tibbels im Einzelhandels- und im Bankensektor im Vereinigten Königreich und in Luxemburg tätig.

Sie hat einen Abschluss der Universität Durham in Anthropologie und Neuphilologie. ■



INTERNE ANGELEGENHEITEN

Das Informationsmagazin der Europäischen Investitionsbank-Gruppe

Europäische Investitionsbank

100, boulevard Konrad Adenauer
L-2950 Luxembourg
☎ (+352) 43 79 1 – ☎ (+352) 43 77 04
www.eib.org – ✉ info@eib.org

Außenbüros:

Belgien

☎ (+32-2) 235 00 70 – ☎ (+32-2) 230 58 27

Deutschland

☎ (+49-30) 59 00 47 90 – ☎ (+49-30) 59 00 47 99

Finnland

☎ (+358) 10 618 0830 – ☎ (+358) 9 278 5229

Frankreich

☎ (+33-1) 55 04 74 55 – ☎ (+33-1) 42 61 63 02

Griechenland

☎ (+30) 210 68 24 517 – ☎ (+30) 210 68 24 520

Italien

☎ (+39) 06 47 19 1 – ☎ (+39) 06 42 87 34 38

Österreich

☎ (+43-1) 505 36 76 – ☎ (+43-1) 505 36 74

Polen

☎ (+48-22) 310 05 00 – ☎ (+48-22) 310 05 01

Portugal

☎ (+351) 213 42 89 89 – ☎ (+351) 213 47 04 87

Rumänien

☎ (+40-21) 20 864 00 – ☎ (+40-21) 317 90 90

Spanien

☎ (+34) 914 31 13 40 – ☎ (+34) 914 31 13 83

Vereinigtes Königreich

☎ (+44) 20 73 75 96 60 – ☎ (+44) 20 73 75 96 99

Ägypten

☎ (+20-2) 333 66 583 – ☎ (+20-2) 333 66 584

Karibik

☎ (+596) 596 747 310 – ☎ (+596) 596 561 833

Kenia

☎ (+254-20) 273 52 60 – ☎ (+254-20) 271 32 78

Marokko

☎ (+212) 37 56 54 60 – ☎ (+212) 37 56 53 93

Pazifik

☎ (+61-2) 82 11 05 36 – ☎ (+61-2) 82 11 05 55

Senegal

☎ (+221) 33 889 43 00 – ☎ (+221) 33 842 97 12

Südafrika

☎ (+27-12) 425 04 60 – ☎ (+27-12) 425 04 70

Tunesien

☎ (+216) 71 28 02 22 – ☎ (+216) 71 28 09 98

Europäischer Investitionsfonds

96, boulevard Konrad Adenauer
L-2968 Luxembourg
☎ (+352) 42 66 88-1 – ☎ (+352) 42 66 88-200
www.eif.org – ✉ info@eif.org

Ein aktualisiertes Adressverzeichnis der Außenbüros ist der Website der EIB zu entnehmen.

QH-AA-08-132-DE-C

©EIB - 10/2008 - DE

Vorzumerkende Termine

- **22.-23. Januar 2009** – International Policy Conference on Student Loans. Luxemburg
- **Februar 2009** – Jahrespressekonferenz. Brüssel – Belgien
- **12.-13. März 2009** – EIB-Forum Infrastruktur. Barcelona – Spanien

Weitere Informationen und Anmeldung unter www.eib.org/events

Neue Veröffentlichungen der EIB

Juli 2008

- Finanzierungen der EIB im Hochschulbereich
- Jährlicher Bericht über die wirtschaftliche Lage in den Partnerländern 2008
- Die Europäische Investitionsbank im Pazifik
- Europäische Investitionsbank: Finanzierungen in den Ländern des Pazifischen Raums
- EIB Water Project Preparation Facility
- Finanzierungspolitik der EIB im Wassersektor
- Die EIB und der Wassersektor: Wasserversorgung und Abwasserentsorgung

August 2008

- Die Tätigkeit der Europäischen Investitionsbank in Asien
- Finanzierungen der EIB in Lateinamerika
- Zusammengefasste konsolidierte und nichtkonsolidierte Halbjahresfinanzausweise 2008
- Generalinspektion – Betrugsbekämpfung: Jahresbericht 2007
- Klimawandel und Energie im Mittelmeerraum

September 2008

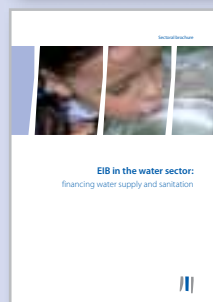
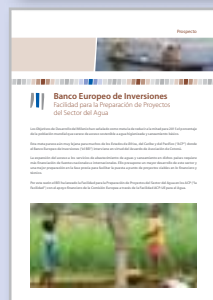
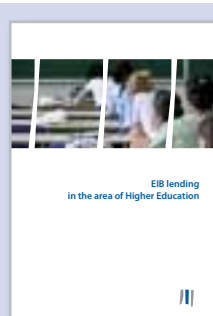
- EU-Africa Infrastructure Trust Fund Annual Report 2007
- EU-Africa Infrastructure Trust Fund. Summary Sheet

Alle Broschüren sind entsprechend der Nachfrage des Publikums und den Geschäftsanforderungen in verschiedenen Sprachen erhältlich. Sie können unter www.eib.org/publications kostenfrei abgerufen werden.

Änderung der Telefonnummern ab 1. Januar 2008!

Seit dem 1. Januar 2008 sind die direkten Telefonnummern unserer Büros in Luxemburg auf neunstellige Nummern abgeändert.

Rufen Sie bitte unsere Telefonzentrale unter (+352) 43 79-1 an, um mit dem gewünschten Teilnehmer verbunden zu werden.





Was halten Sie von der EIB-Info?

Ihre Meinung zur EIB-Info, dem vierteljährlich erscheinenden Informationsmagazin der EIB, interessiert uns. Wir nehmen derzeit eine eingehende Überprüfung unserer Publikationen mit dem Ziel vor, diese zu verbessern und die Leser bestmöglich zu informieren.

Bitte nehmen Sie sich einige Minuten Zeit für diese kurze Meinungsumfrage und teilen Sie uns mit, was wir besser machen sollten und welche Aspekte des Mitteilungsblatts Sie besonders ansprechen. Die Umfrage ist ausschließlich für unseren internen Gebrauch bestimmt, und wir werden Ihre Kontaktdaten auf keine unserer Mailinglisten setzen.

Rücksendung des Umfrageformulars bitte per Post an:

Europäische Investitionsbank, z. Hd. Frau Daniela Sacchi-Cremmer, Hauptabteilung Kommunikation, 100, boulevard Konrad Adenauer, L-2950 Luxembourg

oder per Fax an die Nummer (+352) 4379 63188.

Das Formular kann außerdem von der Website der EIB heruntergeladen werden (www.eib.org).

Wir bedanken uns im Voraus.

Mit freundlichen Grüßen

Gill Tudor
Direktorin der Hauptabteilung Kommunikation



1. Wie bewerten Sie die EIB-Info in Bezug auf Ihre Interessen und Ihren Informationsbedarf?

hervorragend gut zufriedenstellend schlecht

Weitere Anmerkungen _____

2. Wie interessant finden Sie folgende Rubriken der EIB-Info?

- Tätigkeit der EIB-Gruppe sehr interessant ziemlich interessant nicht sehr interessant überhaupt nicht interessant

- In der EU sehr interessant ziemlich interessant nicht sehr interessant überhaupt nicht interessant

- Außerhalb der EU sehr interessant ziemlich interessant nicht sehr interessant überhaupt nicht interessant

- Finanzen sehr interessant ziemlich interessant nicht sehr interessant überhaupt nicht interessant

- Interne Angelegenheiten sehr interessant ziemlich interessant nicht sehr interessant überhaupt nicht interessant

Weitere Anmerkungen _____

3. Sind die Artikel im Allgemeinen

zu lang zu kurz von angemessener Länge?



EIB-INFO · UMFRAGE

4. Gibt es andere die EIB betreffende Themenbereiche, die Ihrer Meinung nach in die EIB-Info aufgenommen werden sollten? Wenn ja, welche?

5. Wie würden Sie die EIB-Info (oder eine andere überarbeitete Publikation mit EIB-Nachrichten) am liebsten erhalten?

in gedruckter Form online als E-Mail-Rundbrief

Weitere Anmerkungen _____

6. Wie oft würden Sie gern aktuelle Informationen über die EIB erhalten?

vierteljährlich alle zwei Monate monatlich wöchentlich

Weitere Anmerkungen _____

7. Wie beurteilen Sie das Niveau der technischen und finanziellen Informationen in der EIB-Info?

zu gering zu hoch gerade richtig

Weitere Anmerkungen _____

8. Wie viele Personen lesen normalerweise dieses Exemplar der EIB-Info?

nur eine zwei bis fünf mehr als fünf

Weitere Anmerkungen _____

9. Haben Sie weitere Vorschläge zur Verbesserung der Art und Weise, wie Sie Neuigkeiten über die EIB erhalten?

10. Ihr Name und Ihre Position (fakultativ) _____